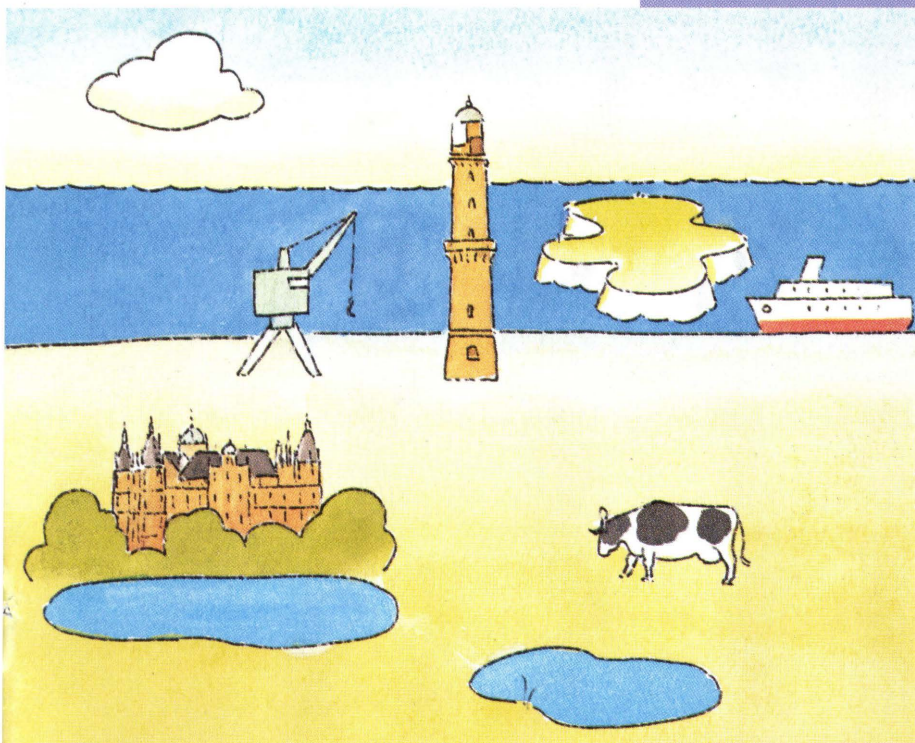


Mecklenburg-Vorpommern
in der Europäischen Union



Europäische Kommission

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet

Mecklenburg-Vorpommern in der Europäischen Union

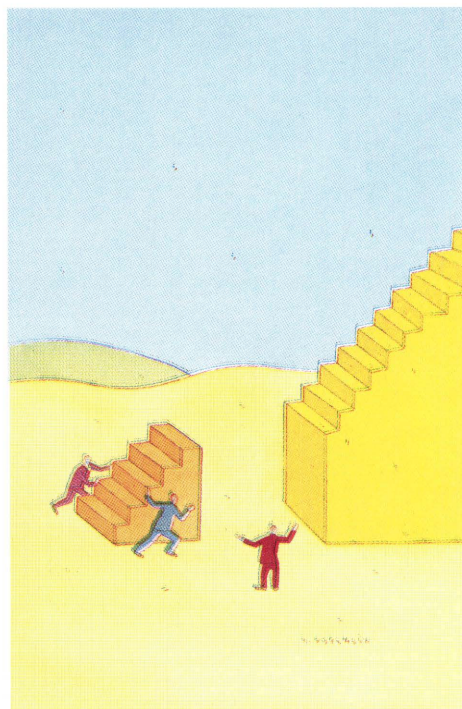
„ Unser Land liegt sowohl nach Osten wie nach Norden an den Außengrenzen der Europäischen Gemeinschaft. Grenzen hatten früher etwas Trennendes, sie schotteten ein Land gegenüber seinen Nachbarn ab. Es ist eines der großen Verdienste der Gemeinschaft, daß wir heute unsere Grenzen nicht mehr als Trennungslinie begreifen, sondern als etwas Verbindendes, als etwas, das wir durch die gemeinsame Zugehörigkeit zu Europa überwinden können und das uns unseren Nachbarn näher bringt. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, diese Grenzen durchlässig zu machen und über sie hinweg zusammenzuarbeiten. Der freie Verkehr von Menschen und Ideen, von Waren und Dienstleistungen ist innerhalb der Gemeinschaft heute schon eine Selbstverständlichkeit. Er hat dazu beigetragen, Vorurteile abzubauen und es hat den Menschen ermöglicht, sich besser kennen und schätzen zu lernen. Grenzen werden in einem vereinten Europa, das wir anstreben, künftig ihre Bedeutung verlieren, wie dies heute schon unter den zwölf Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft der Fall ist. Die Grenzen zwischen unserem östlichen Nachbarn Polen und uns werden eines Tages so sein, wie heute die Grenze zwischen Frankreich und Deutschland. Mit der Gründung der Europaregion Pomerania haben wir schon einen wichtigen Schritt in diese Richtung getan.“

*Berndt Seite,
Ministerpräsident des Landes
Mecklenburg-Vorpommern*



MECKLENBURG- VORPOMMERN IN EUROPA

Tor zum Norden
und zum Osten



Mecklenburg-Vorpommerns Landschaft ist geprägt vom Wasser. „Tausend Seen“ durchziehen das leicht gewellte Hügelland mit seinen Feldern und Wäldern. Die Ostseeküste, deren bekanntester Punkt die Kreidefelsen von Rügen sind, ist eine vielfältige Landschaft. In den traditionsreichen Städten Greifswald, Rostock, Schwerin und Wismar findet man für die Region typische gotische Backsteinarchitektur. In der Zukunft wird daher in Mecklenburg-Vorpommern dem Tourismus eine bedeutende Rolle als Wirtschaftsfaktor zukommen.

Mecklenburg-Vorpommern ist das am dünnsten besiedelte Land Deutschlands. Schiffsbau, Fischerei und Landwirtschaft waren lange Zeit die bedeutendsten Wirtschaftszweige des Landes. Heute steht Mecklenburg-Vorpommern vor umfangreichen Umstrukturierungen. Nicht große Konzerne, sondern kleine und mittlere Unternehmen in den Bereichen Handwerk, Schiffbau und Fischerei werden die wirtschaftliche Zukunft der Region prägen. Die alten Hansestädte Rostock und Stralsund haben eine lange



Handelstradition mit den skandinavischen Ländern, die mit der Norderweiterung der EU noch an Bedeutung dazugewinnen wird. Der Ausbau leistungsfähiger Verkehrswege in West-Ost-Richtung, also die Verbindung des Landes mit Schleswig-Holstein und Hamburg, werden Industrie und Handel stimulieren. Die Europäische Union wird hierzu ihren Beitrag leisten.

Die Europäische Union bringt Arbeitsplätze

Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Mecklenburg-Vorpommern gebracht?“. Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen

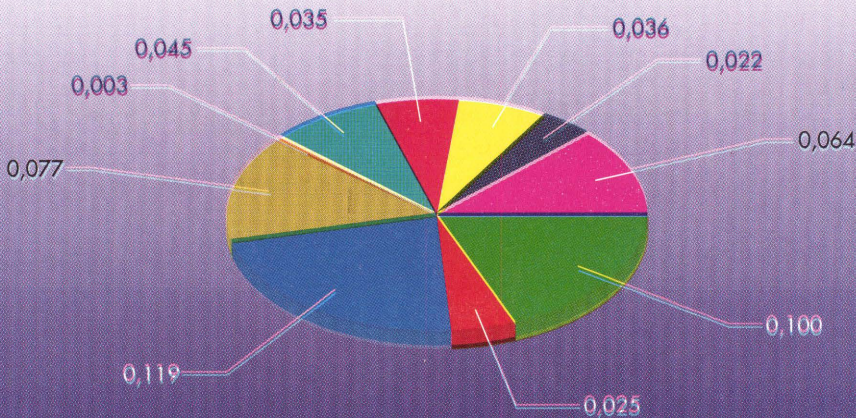
Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Kli-

Der Export Mecklenburg-Vorpommerns in die EU

— 0,6 Milliarden DM: Das sind 25,0 Prozent des Gesamtexports —

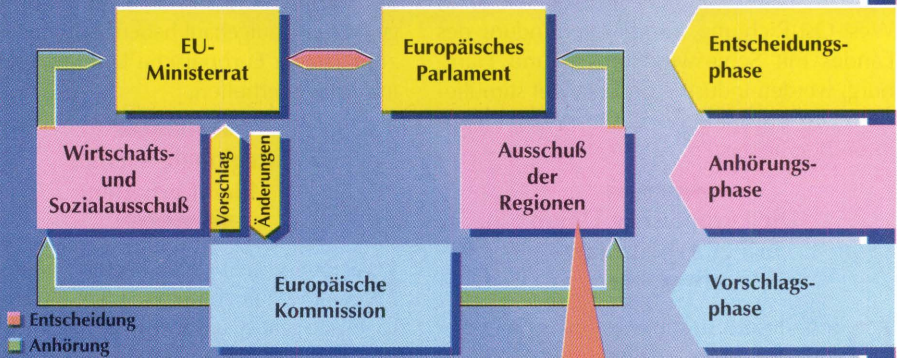


B/L
 DK
 GR
 E
 F
 IRL
 I
 NL
 P
 GB

Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

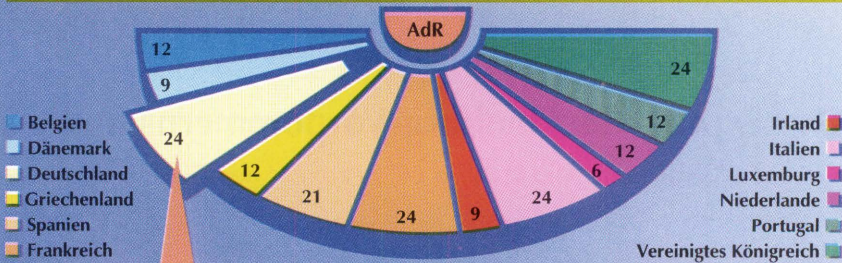
Entscheidungsverfahren der Europäischen Union



Ausschuß der Regionen (AdR)

Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Maßnahmen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Mecklenburg-Vorpommern benennt einen Vertreter



Herbert Helmrich
Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten
Mecklenburg-Vorpommern

ma natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt

Mecklenburg-Vorpommern entscheidet mit

ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas. Zentraler Ort, an dem Mecklenburg-Vorpommern seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige, im Grundgesetz verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in

Brüssel eröffneten. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EGV), und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EGV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: Die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion
des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen
Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden- Württemberg	130	4,1	Lazio	121	11,0
Bayern	127	3,9	Campania	73	22,8
Berlin	95	9,2	Abruzzi-Molise	91	13,1
Brandenburg	36	12,0	Sud	70	17,6
Bremen	159	8,7	Sicilia	70	23,1
Hamburg	209	5,6	Sardegna	77	19,8
Hessen	149	4,6	Luxemburg	131	2,4
Mecklenburg- Vorpommern	33	14,1	Niederlande	104	8,2
Niedersachsen	108	6,4	Noord-Nederland	106	10,6
Nordrhein- Westfalen	115	6,6	Oost-Nederland	91	7,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	West-Nederland	111	7,9
Saarland	112	7,4	Zuid-Nederland	100	8,0
Sachsen	33	11,5	Portugal	60	4,9
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Continente	60	4,9
Schleswig-Holstein	102	5,3	Acores	-	4,6
Thüringen	30	12,8	Madeira	-	3,4
Griechenland	49	7,7	Großbritannien	98	10,3
Voreia Ellada	46	6,3	North	86	11,4
Kentriki Ellada	48	7,2	Yorkshire and Humberside	88	10,2
Attiki	55	9,9	East Midlands	94	9,0
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	East Anglia	99	8,4
Spanien	80	21,3	South East	117	10,5
Noroeste	66	17,8	South West	94	9,6
Noreste	92	18,6	West Midlands	89	10,9
Madrid	100	16,5	North West	90	10,5
Centro	65	21,0	Wales	83	9,7
Este	92	19,6	Scotland	94	10,1
Sur	64	29,7	Northern Ireland	74	15,0
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord - Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Auch im Bundesrat werden wichtige europapolitische Entscheidungen getroffen.

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Regionalausschusses werden 21 durch die Bundesländer und drei von der kommunalen Ebene benannt. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz (für Mecklenburg-Vorpommern ist dies der Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten des Landes Herbert Helmrich). Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Strukturfonds.

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die Abgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen

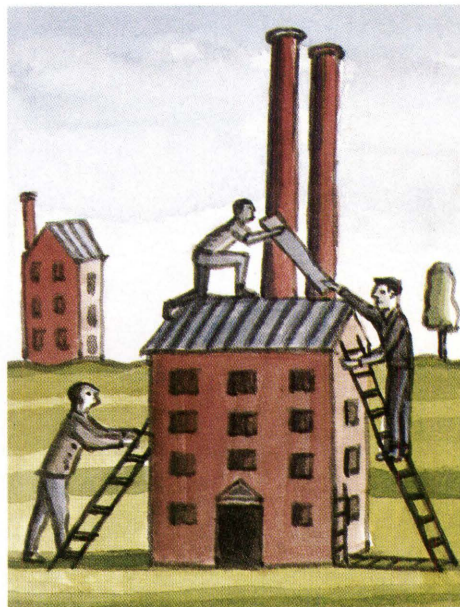
Die Abgeordneten Mecklenburg-Vorpommerns im Europäischen Parlament

zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen des Programms KONVER europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Mecklenburg-Vorpommern erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klafft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen, die Ile-de-France und Hamburg, sind viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), den Europäischen Sozialfonds (ESF) und den Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL).



Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, also auch Mecklenburg-Vorpommern, die zwischen 1994 und 1999 immerhin 13,64 Milliarden ECU aus Brüssel erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wandlungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozeß der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

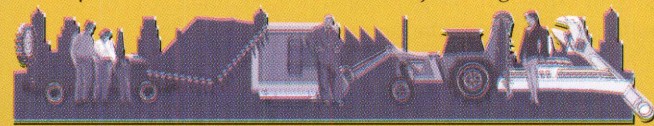
Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Sozial- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Regionale und kommunale Projektträger

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Mecklenburg-Vorpommern viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Gemeinschaftliches Förderkonzept

Die mecklenburg-vorpommerische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Maßnahmen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beraten den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

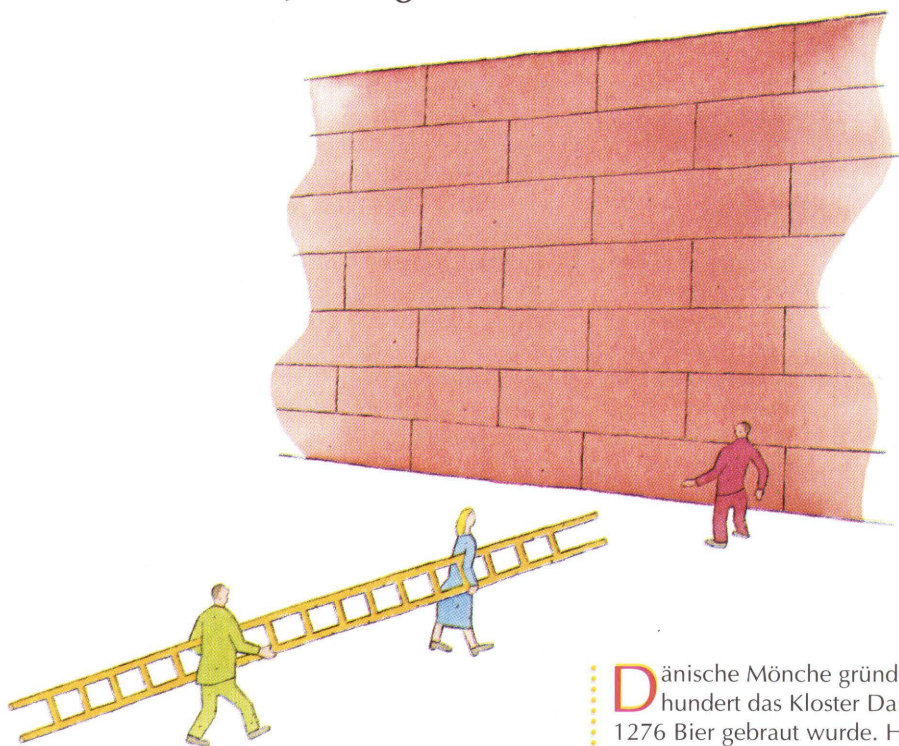
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik.



ZUKUNTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Mecklenburg-Vorpommern
handeln bei vielen
Projekten gemeinsam



Dänische Mönche gründeten im 12. Jahrhundert das Kloster Dargun, in dem seit 1276 Bier gebraut wurde. Heute steht in der Kleinstadt Dargun im Kreis Malchin eine der modernsten Brauereien der Welt. Das dänische Unternehmen „Harboes Bryggeri A/S“ investierte 20 Millionen ECU. Bund, Land und EU gaben 3,5 Millionen ECU Fördermittel. Heute werden in der „Darguner Klosterbrauerei“ jährlich 250 000 Hektoliter Bier gebraut, eine Kapazitätserweiterung auf 500 000 Hektoliter ist geplant. Zur Zeit sind dort 60 Personen beschäftigt, nach dem Ausbau sollen 120 Arbeitnehmer eine Anstellung in der Brauerei erhalten.



Gleichzeitig mit dem ersten Spatenstich zum Ausbau der Brauerei wurde ein 17 Hektar großer Gewerbe- und Industriepark erschlos-

Regionale Entwicklung

sen, der schon fast vollständig belegt ist. Ein Metallbauunternehmen, ein Baudienstleister, drei Baufirmen und der städtische Bauhof werden hier bald ihre Arbeit aufnehmen. Dies wird immerhin 230 Arbeitsplätze sichern. Wenn sich alle Unternehmen angesiedelt haben, sollen weitere 320 Arbeitsplätze dazukommen. 1,6 Millionen ECU hat die EU für die Industrieansiedlung im Landkreis Malchin zur Verfügung gestellt.

Große Anfangsschwierigkeiten hatten nach der Deutschen Einheit die „Tonwerke Eiko Reins“ in Grimmen. Um wettbewerbsfähig zu werden, wurde die Ziegelei ausgebaut und umgerüstet. Von der Aufbereitung des Tons bis zur Trocknung der Ziegel im Ofen mußten alle Bereiche des Unternehmens modernisiert werden. Dazu gehörte auch die Verlängerung des Ofens auf 85 Meter und die Umstellung der Warmwasserheizung von Rohbraunkohle auf Gas. Bereits seit 1937 bezieht ganz Vorpommern aus Grimmen seine Ziegel, dank des EU-Zuschusses wird dies auch in Zukunft der Fall sein.

Zimmer, Bäder, Flure und Restaurants wurden in Grund auf erneuert: 7,5 Millionen ECU wurden in die Renovierung des Hotel Neptuns in Warnemünde investiert. Einen erheblichen Teil finanzierte der Europäische Fonds für regionale Entwicklung. Allen Mitarbeitern des Hotels blieb ihr Arbeitsplatz erhalten, als der Betrieb von einem internationalen Hotel- und Catering-Unternehmen gekauft wurde.

Förderung der Landwirtschaft

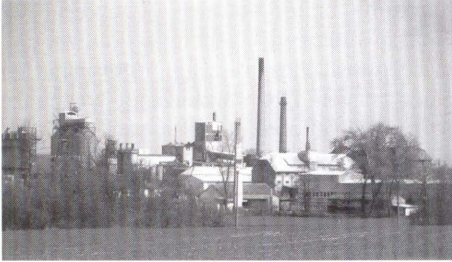
In Mecklenburg-Vorpommern profitieren rund 6000 Beschäftigte in der Landwirtschaft von den EU-Mitteln. 51,5 Millionen ECU wurden in Projekten eingesetzt, die zur Verbesserung der Lebensmittelproduktion und Ver-

marktung beitragen. Das „Ludwigsluster Fleischwarenwerk“ gab es schon vor der Wiedervereinigung, allerdings mitten in der Stadt gelegen. Doch ansteigende Nachfrage ließen die alte Fabrik aus allen Nähten platzen. Ein Neubau war notwendig, nicht zuletzt um den Anwohnern die Belastung durch zunehmende Transporte zu ersparen. Der neue, supermoderne Fleischverarbeitungsbetrieb vertreibt heute die einheimischen Produkte nicht nur in der Region, sondern beliefert Berlin, Hamburg und Hannover. 192 Beschäftigte hat die Firma heute, 23 Lieferwagen versorgen die gesamte Region.

Forschung und Entwicklung

In der einzigartigen Boddenlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns leben seltene Vogelarten. Der Nationalpark Müritz liegt im Landesinneren. Große Waldlandschaften und viele Seen, die schon in der Eiszeit entstanden, machen den Bereich zum größten Wald- und Sumpfbereich Zentral-Europas und dadurch zum Lebensraum für Fisch- und Weißkopfadler, schwarze und rote Milane. Sie waren in den letzten 30 Jahren militärische Schutzzonen oder Jagdgebiet der DDR-Elite. Im Rahmen des Programms ACE (Gemeinschaftliche Umweltaktionen) werden zum Schutz dieser Territorien 2,3 Millionen ECU zur Verfügung gestellt. Neue Konzepte werden entworfen, um den sanften Tourismus für die Naturschutzgebiete zu ermöglichen. Zusammen mit den örtlichen Behörden und Interessenten wird überlegt, wie eine wirtschaftliche Entwicklung aussehen könnte, die den Einwohnern Arbeitsplätze und der Gemeinde Einnahmen sichert, ohne daß die Nationalparks zerstört werden.

Gerade vor dem Hintergrund der hohen Arbeitslosigkeit in der Region und des Zusammenbruchs der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen ist die Errichtung des Nationalparks eine besonders schwierige Aufgabe für die Naturschützer. Das ACE-Projekt hat auch zum Ziel, ein tragbares Konzept für diese besonderen Probleme zu entwickeln, so daß



Finanziert mit EU-Mitteln:
Erweiterung der Ziegelei in Grimmen

die hier gewonnenen Erfahrungen in den Reformstaaten in Mittel- und Osteuropa genutzt werden können.

Im Rahmen ihres Umweltschutzprogramms LIFE hat die EU sechs Projekten zugestimmt und ihre Verwirklichung mit 1,4 Millionen ECU unterstützt. In der Region Rostock läuft ein Vorhaben, in dem versucht wird, den Einsatz chemischer Desinfektionsverfahren mit Chlor oder Chlordioxid durch umweltfreundlichere Verfahren zu ersetzen. Mit dieser Umstellung werden die Küstenregionen der Ostsee weniger durch Chlor belastet. Ebenso wird untersucht, ob sich dieses Verfahren auf die anderen Ostseestaaten übertragen lässt.

Als Teil einer Initiative, die die gesamte Küste Deutschlands sowie Teile der dänischen und holländischen Küste einschließt, werden Küstenabschnitte der Ostsee unter besonderen Schutz gestellt. Zur Vorbereitung wurde im westlichen Abschnitt der Ostsee ein Gebiet ausgewählt, in dem das bestehende Ökosystem beobachtet wird. Auf der Grundlage dieser Studien sind die örtlichen Behörden und Naturschutzverbände in der Lage, einen optimalen Weg für die Ausweisung neuer Schutzgebiete zu finden.

THERMIE ist der Name eines Förderprogramms der EU, das Forschungen im Bereich der Solarenergie, der Energieeinsparung und der Verringerung der Emissionen unterstützt. Die Stadtwerke Waren GmbH erhielten fast 700 000 ECU, um in Waren/Papenberg eine Anlage zur Nutzung geothermischer Energie zu modernisieren. Die Windkraft Nisdorf GmbH baute in Nisdorf einen Windpark und bekam 783 139 ECU aus dem Förderprogramm THERMIE.

Hochschulen denken über europäische Integration nach



Die EU öffnet auch für Hochschulabsolventen einen grenzenlosen Arbeitsmarkt.

Über das Programm COMETT, das der Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und der Wirtschaft dient, bekamen 21 Studenten 1992 die Gelegenheit, das Arbeitsleben außerhalb Mecklenburg-Vorpommerns kennenzulernen. Zehn europäische Studenten besuchten im gleichen Studienjahr das Land.

Fünf Hochschulen nahmen am ERASMUS-Programm teil. 100 Studenten, hauptsächlich aus den Studienrichtungen Sprachen und Wirtschaftswissenschaften, nutzten die Gelegenheit und besuchten ein Jahr lang andere europäische Universitäten. 70 Studenten aus anderen EU-Ländern kamen an Mecklenburg-Vorpommerns Universitäten. Die Universität Rostock ist Partner in einem Projekt, in dem versucht wird, die universitäre Ausbildung im Bereich des Umweltschutzes



Standortsicherung in der fleischverarbeitenden Branche: eine Wurstwarenfabrik in Ludwigslust

zu verbessern. Die anderen Partner kommen aus den Niederlanden, der Tschechischen Republik, Ungarn und Polen.

18 Jugend-Projekte beteiligten sich an „Jugend für Europa“. Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren treffen sich außerhalb des schulischen und beruflichen Rahmens mit Altersgenossen aus anderen europäischen Staaten. Die EU unterstütze diese Maßnahmen mit 76 000 ECU.

Über die „Aktion Jean Monnet“ beteiligt sich die Union an Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema Europa erweitert wird. Die Universität Rostock bot im Fach Jura zwei Veranstaltungen an: „Europäisches Gemeinschaftsrecht“ und „Die Europäische Gemeinschaft und Osteuropa“. 65 000 ECU zahlte die EU zur Durchführung der beiden Seminare.



Mit 15 Millionen DM von Grund auf erneuert: das Hotel Neptun in Warnemünde

Beihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) wurden in den Jahren 1991 bis 1993 insgesamt 85,4 Millionen ECU für die Region zur Verfügung gestellt. Ostdeutsche Arbeitnehmer sind durch die wirtschaftliche Umstrukturierung ihres Landes zunehmend von Arbeitslosigkeit bedroht. Betroffen sind hier insbesondere Jugendliche, ältere Arbeitnehmer (über 45 Jahre) und Frauen. Für diesen Personenkreis errichteten die Arbeitsämter und Fortbildungsinstitute in Mecklenburg-Vorpommern spezielle Umschulungs- und Ausbildungsprogramme. Die EU half mit 25 Millionen ECU.

Ein besonderes Problem der ostdeutschen Länder war, daß die gelernten Berufe die Arbeitnehmer nicht hinreichend für den neuen Arbeitsmarkt qualifizierten. Fortbildungen wurden angeboten und vielfach genutzt. Zusätzlich wurden „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ eingerichtet, so daß viele Arbeitnehmer, die nach der Deutschen Einheit ihren Arbeitsplatz verloren hatten, eine neue Beschäftigung fanden.



*Umschulungen helfen beim neuen Einstieg
in den Arbeitsmarkt.*

Die „Ökologische Beschäftigungsinitiative“ aus der Gemeinde Krummenhagen erhielt Zuschüsse aus dem ESF. Die Initiative setzte sich zum Ziel, Jugendliche und andere Arbeitslose im ökologischen Bau und in der Landwirtschaft zu schulen. In der Gemeinde Krummenhagen entstand ein ökologisches Modelldorf, in dem gezeigt wurde, wie ein ganzes Dorf durch die Rückbesinnung auf traditionelle landwirtschaftliche Produktion, die Weiterverarbeitung (Käserei, Bäckerei und Räucherei), das Handwerk, die alternative Energiegewinnung und den sanften Tourismus Arbeitsplätze schaffen kann.

